

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Weinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigentel: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Perzeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Verwaltungsanzeigen und Arbeitsvermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

### Die Tagungen der Tischlermeister und Holzindustriellen.

Die deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen hatten für dieses Jahr Berlin als Tagungsort auserkoren. Im Anschluß an die sechste Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe, die am 31. Juli und am 1. August abgehalten wurde, fand am 3. und 4. August der 26. deutsche Tischlertag statt.

Zu einem guten Teil sehen sich die beiden Körperschaften aus denselben Personen zusammen, und auch die Funktionen der Organisationen sind nicht in allen Teilen streng geschieden. Im allgemeinen läßt sich der Unterschied so fixieren, daß es Aufgabe der Innungen ist, die allgemeinen Handwerkerforderungen zu vertreten, mit besonderer Berücksichtigung der speziellen Interessen der Tischlermeister, während der Schutzverband eine ausgesprochene Kampforganisation ist, die ihre Front gegen den Deutschen Holzarbeiterverband als ihrem hauptsächlichsten Gegner richtet. Hier findet man auch Großindustrielle und Kleinmeister einträchtig zusammenarbeitend, während sich in den Innungen, den Korporationen des Kleinhandwerks, ein gewisser Gegensatz gegen die Großindustrie mehr oder weniger stark geltend macht.

Faßt man diese Funktionen ins Auge, dann findet man, daß es für den Tischlertag keine besondere Überwindung bedeutet, öffentlich zu tagen, dagegen befindet sich der Schutzverband in einer unangenehmen Situation. Er möchte gern nach außen den Eindruck erwecken, als sei er imstande, sein Tun und Lassen ruhig der Kritik der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Das macht einen guten Eindruck und kann auch als eine Äußerung des Kraftgefühls gedeutet werden, wie ja auch unser Deutscher Holzarbeiterverband sich stark genug fühlt, seinen Verbandstag in aller Öffentlichkeit abzuhalten. Der Unterschied zwischen der Arbeiter- und Unternehmerorganisation liegt jedoch darin, daß wir wirklich nichts zu verbergen haben; je mehr von unseren Verhandlungen in die Öffentlichkeit dringt, desto angenehmer ist es uns. Anders beim Schutzverband. Der würde in eine scheußliche Verlegenheit geraten, wenn, abgesehen von anderen Dingen, nur der Geschäfts- und Kassenbericht den Gegnern zugänglich würde. Die Verhandlungsleitung hat also eine recht schwierige Aufgabe zu lösen; sie muß die Generalversammlung so arrangieren, daß der Eindruck erweckt wird, als würde öffentlich verhandelt, während man sich in Wirklichkeit die größte Mühe gibt, alles Wesentliche vor profanen Augen zu verbergen. Diese Aufgabe war um so schwerer, als nicht alle Delegierten Verständnis für die heikle Situation des Verbandsvorstandes zeigten, so daß der Leiter der Verhandlungen wiederholt genötigt war, daran zu erinnern, daß gewisse, von einzelnen Rednern angeschnittene Dinge besser in geheimer Sitzung behandelt werden.

Wie es mit der „öffentlichen“ Verhandlung der Generalversammlung des Schutzverbandes ausfiel, lehrt ein Blick auf die Tagesordnung. Von den 12 Punkten, die sie aufwies, wurden nur die fünf unversänglichen öffentlich verhandelt. Zu den öffentlich verhandelten Gegenständen gehört auch der Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr. Wer aber erwartete, bei dieser Gelegenheit etwas über die Tätigkeit des Vorstandes zu erfahren, der fand sich enttäuscht. Der Geschäftsbericht war gedruckt, wurde aber vertraulich behandelt und war für die Presse nicht zugänglich. Mündlich berichtete Herr Kahardt nur, daß er mit dem Deutschen Holzarbeiterverband wegen Abänderung des in Eisenach vereinbarten Arbeitsnachweisregulativs in Verbindung getreten sei, daß man aber nichts habe erreichen können, weil der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes an dem Obligatorium festhalte. Die Erfahrungen, die im letzten Geschäftsjahr mit dem Arbeitsnachweis gemacht wurden, sind derartig, daß der Vorstand des Schutzverbandes den Ortsverbänden nicht zumuten könne, das Eisenacher Regulativ irgendwo in Anwendung zu bringen. Unter allen Umständen müsse empfohlen werden, den § 5 des Regulativs überall strikte abzulehnen. Daran knüpfte sich eine Diskussion, in welcher besonders Delegierte aus Bremen und Hannover örtliche Arbeitsnachweisschmerzen an den Mann brachten, während Herr Schulte aus Kiel seiner Befriedigung darüber Ausdruck gab, daß sogar frühere Freunde des partitischen Arbeitsnachweises jetzt als Gegner einer solchen Einrichtung auftreten. Sein Rat, die ganze Geschichte zu begraben, fand lebhaften Beifall, und einstimmig wurde beschlossen, das Eisenacher Regulativ für den partitischen Arbeitsnachweis abzulehnen.

Eine lebhafte Diskussion knüpfte sich an die von einem Magdeburger Delegierten aufgeworfene Frage, wie der Begriff „Durchschnittslohn“ im Leipziger Schiedsspruch zu verstehen sei. Die Magdeburger Arbeiter behaupten, daß jeder Durchschnittsarbeiter den Durchschnittslohn erhalten müsse, während die Meister auf dem Standpunkt stehen, es genüge, wenn für jede Werkstatt festgestellt werden könne, daß der Durchschnitt der tatsächlich gezahlten Löhne den vertraglichen Satz erreicht. An dieser Differenz scheiterte schließlich die Annahme des Leipziger Schiedsspruches, den die Magdeburger Unternehmer anfangs überhaupt abgelehnt hatten.

Im Laufe dieser Diskussion wurde von einigen Bremer Meistern empfohlen, Lohnklassen einzuführen, die sich nach dem Alter der Arbeiter richten, ein Plan, der aber nirgends Gegenliebe fand. Bei der Besprechung des bekannten Göliner Gewerbegerichtsurteils plauderte ein Delegierter von dort aus, daß die Meister eine stille Vereinbarung getroffen hätten, neue Arbeiter nur mit dem Minimallohn von 48 Pf. einzustellen. Das veranlaßte Herrn Kahardt, ihn zu warnen, solche Geschäftsgeheimnisse doch nicht hier in öffentlicher Sitzung preiszugeben. Diese Warnung scheint Herr Kahardt aus Hannover überhaupt nicht einstellte. Deuten im ersten oder zweiten Gesellenjahr werde ohne weiteres gesagt, daß keine Arbeit vorhanden sei.

Herr Kahardt sprach sich für Durchschnittslohne aus, welche an Durchschnittsarbeiter zu zahlen sind. Wenn den minderleistungsfähigen Arbeitern kein Minimallohn garantiert wird, dann sind Besorgnisse wegen des Durchschnittslohns unbegründet. Den Arbeitern könne man es nicht verdenken, wenn sie ihre Arbeit teuer verkaufen wollen, nur muß für den Lohn eine entsprechende Gegenleistung verlangt werden. Er glaubt, daß es noch gelingen wird, einen einheitlichen Vertrag mit entsprechenden Abstufungen zu bekommen. Wenn das bisher noch nicht erreicht ist, so liegt das zum Teil an der großen Selbständigkeit der Unterverbände des Arbeitgeber-Schutzverbandes. In einer weiteren Rede zu dem gleichen Thema wies er auf die örtlichen Verschiedenheiten hin, die sich nicht einfach wegdekretieren lassen. Deshalb wolle er auch den einzelnen Orts-Durchschnittslohne nicht aufdrängen. Bei Vertragsübertragungen müsse man den Führern der Gegenseite den guten Stand nicht bestreiten. Er ermahnte, daß die Arbeiter ihre Bestrebungen haben, der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen. Bei den Verhandlungen in Leipzig waren die Unternehmer nicht so gut vertreten wie die Arbeiter; er hat dort den Eindruck gewonnen, daß mancher ein ganz guter Tischlermeister, aber ein schlechter Unterhändler ist. Sehr schlecht ist Herr Kahardt auf unsere Magdeburger Verhandlungsleitung zu sprechen, die kein Gerechtigkeits- und Billigkeitsgefühl besitze; er glaubt auch nicht, daß der Verbandsvorstand mit dem Verhalten der Magdeburger Zahlstelle einverstanden ist. — Dieses harte Urteil über unsere Magdeburger Kollegen ist um so weniger verständlich, als Herr Kahardt ja in der Streitfrage, der Auslegung des Begriffs „Durchschnittslohn“, die Ansicht unserer Magdeburger Kollegen teilt.

Zu der Frage Durchschnittslohn oder Minimallohn wurde von einer Beschlussfassung abgesehen und auch die Weiterberatung des (geheim gehaltenen) Geschäftsberichts sehr schnell abgebrochen, als sich herausstellte, daß einzelne Redner sich gar zu offenhzeitig gaben. So wollte Herr Richter aus Magdeburg wissen, weshalb der Schutzverbandsvorstand den Stuttgartern das Jahr 1911 als Ablauftermin zugestanden habe, wodurch die ganze Vertragskampagne in ein für die Unternehmer ungünstiges Fahrwasser geleitet sei. Die Antwort auf diese Frage wurde ihm für die geheime Sitzung in Aussicht gestellt. Dann hielt noch Herr Siebel-Düsseldorf eine schneidige Scharfmacherrede. Das Verhandeln und Konzedieren, meinte er, müsse seine Grenze haben; die Unternehmer sollten zur schärferen Tonart, zur Attacke übergehen, statt friedlich zu verhandeln. Natürlich fand diese Fanfare lebhaften Beifall, aber der Vorstand hielt es doch für geraten, die Weiterberatung dieses Gegenstandes in die geheime Sitzung zu verlegen. Öffentlich wurde die Frage der Eintragung in das Vereinsregister behandelt und nach einem Referat des Vereinspräsidiums beschlossen, von der Eintragung Abstand zu nehmen.

Zwischenhinein wurde eine Ergebnissadresse verlesen, die der gelbe Handwerker-Schutzverband der Ge-

neralversammlung gewidmet hatte. Bei der Verlesung konnte man zwar auf manchem Gesicht ein verständnisvolles Nicken beobachten, doch wurde der Kundgebung selbstverständlich lauter Beifall gezollt, der sich noch steigerte, als Herr Kahardt den frommen Wunsch äußerte, noch einmal mit allen Arbeitern in solch ein Verhältnis zu kommen, wie es mit den Gelben vorhanden ist.

Über die diesjährigen Vertragsverhandlungen berichtete Bergmann-Göbelitz, der Andeutungen über ein unschönes Verhalten machte, das Kahardt gegenüber unberechtigterweise an den Tag gelegt wurde, und welches noch Gegenstand der Verhandlung in geheimer Sitzung sein würde. Der Vortrag des Herrn Bergmann litt übrigens an manchen Unklarheiten, da der Redner mit Rücksicht auf die anwesenden Pressevertreter anscheinend Scheu trug, gewisse Dinge auszusprechen. Die Diskussion zeigte denn auch deutlich, daß man im Schutzverband mit dem Vertragsabschluss sehr wenig zufrieden ist. Sehr drastisch brachte das Herr Brüggemann-Magdeburg zum Ausdruck, der erklärte, die „Holzarbeiter-Zeitung“ habe mit vollem Recht einen Lobgesang über den Abschluß der Verträge angestimmt. Der Holzarbeiterverband hat in der Krise Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen erreicht; so etwas ist noch nicht dagewesen, und das gibt der „Holzarbeiter-Zeitung“ wohl ein Recht, zu jubeln. Der Schutzverband stand bei den Verhandlungen nicht auf der Höhe.

Auf den gleichen Ton des Unbefriedigtseins war auch die vorher gehaltene Rede des Herrn Pauli-Potsdam gestimmt. Die Zurückhaltung, um nicht zu sagen das Mißtrauen, mit welchem er an das Schiedsgericht heranging, war nur zu begründet. Das kann so nicht fortgehen, lieber soll man zur Aussperrung schreiten. Die Konjunktur müsse ausgenützt, weder Lohnerhöhung noch Arbeitszeitverkürzung dürfe gemäht werden. Schlimm genug sei es, daß Potsdam eine Stunde Arbeitszeit nachgelassen habe. Der Vortrag, der dem Schutzverband in Potsdam zuging, enthielt Punkte, die nicht verhandelt waren. Ein anderer Vertrag, der den Leipziger Abmachungen entspricht, ist dem Vorstand des Holzarbeiterverbandes zur Unterschrift zugegangen, aber von diesem nicht zurückgeschickt worden. Die Potsdamer Meister tun nun nichts in der Sache, denn solange kein neuer Vertrag vorhanden ist, gilt der alte, der für sie günstiger ist.

Ähnliche Winkeltzüge wie der kluge Herr Pauli in Potsdam machen auch die Unternehmer in anderen Orten. Böhm-Hold-Frankfurt a. M. erkennt an, daß der Holzarbeiterverband berechtigt sei, zu sagen, daß der Frankfurter Vertrag gelte, denn der Schiedsspruch ist gefällt und unterschrieben. Aber für Frankfurt hätte kein Schiedsspruch gefällt werden dürfen, und man könne von den Frankfurtern nicht verlangen, daß sie den Vertrag anerkennen. In ähnlicher Weise äußern sich die Magdeburger Delegierten und auch Herr Detering aus Perforb erklärt, daß der Vertrag dort nicht unterschrieben sei, da die Sache ähnlich läge wie in Potsdam. Herr Schneider-Wiesbaden gesteht offen, daß er nicht gewußt habe, wie er die Nichtanerkennung des Schiedsspruches begründen soll. Jetzt, wo er gehört habe, daß auch der Holzarbeiterverband einige Verträge nicht unterzeichnet habe, falle ihm ein Stein vom Herzen.

Diese Ausrede ist zwar sehr faul, aber es ist doch immerhin eine Ausrede. Wenn sich Herr Schneider und seine Kollegen aus den anderen Städten ein wenig Mühe geben, nachzudenken, werden sie wohl zu der Überzeugung kommen, daß es ein merkwürdiges Verlangen ist, der Deutsche Holzarbeiterverband möge Verträge annehmen, die ihm ein Pauli-Potsdam oder Brüggemann-Magdeburg oder sonst ein Unterchef des Schutzverbandes diktiert. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat die in Leipzig abgeschlossenen Verträge anerkannt, auch dort, wo sie nicht ganz nach unserem Geschmack waren. Es widerspricht aber allen Grundsätzen von Treu und Glauben, wenn jetzt einzelne Ortsgruppen des Schutzverbandes erklären, die von den Vertretern der Parteien und dem unparteiischen Vorsitzenden unterschriebenen Verträge nicht anerkennen zu wollen, weil sie ihren Wünschen nicht entsprechen. Bei dieser Sachlage war auch der Protest des Herrn Wolfram-Hamburg gegen die Behauptung der Arbeiter, die Unternehmer hätten die Verträge nicht, durchaus deplaziert. Solange sich die Unternehmer der Nichtanerkennung der Verträge rühmen, wie das auf der Generalversammlung des Schutzverbandes der Fall war, können sie keinen Anspruch darauf erheben, als vertragstreue anerkannt zu werden.

Diese Winkeltzüge zwecks Umgehung der Verträge scheinen übrigens auch bei Herrn Wolfram einiges Mißbehagen ausgelöst zu haben, denn er bedauerte ausdrücklich, daß sich

einige Städte dem Schiedspruch nicht unterwerfen. In dem Umstand, daß zwei große Organisationen über den Kopf der Mitglieder Verträge abschließen, sieht er ein bedeutsames Moment und fordert, daß die Verträge aus Solidaritätsgefühl angenommen werden. Der Eindruck, den diese zur Besonnenheit mahnende Rede auf die Versammlung machte, läßt sich leider nicht wiedergeben, da es die Zeitung angemessen fand, die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen fortzusetzen.

Als die Öffentlichkeit wiederhergestellt war, einigte man sich sehr bald darüber, daß als Strafe für das Feiern am 1. Mai eine Aussperrung eintreten soll, die wenigstens 8 und höchstens 10 Tage beträgt. Zur Begründung des Beschlusses wurden einige Reden gehalten, die nach außen wirken sollten. Herr Siebel versprach den Mitgliedern des Schutzverbandes, die aussperrten, vom ersten Tage an Unterstützung. Vorsorglich unterließ er es aber, etwas über die Höhe derselben zu äußern, damit er nicht etwa beim Worte genommen werden kann. Die kurze Diskussion, die dem Referat folgte, ließ erkennen, daß die Unternehmer durchaus nicht so aussperrungssehrig sind, wie gewisse Scharfmacher glauben machen wollen, und daß sie sich, wie Herr Rahardt auf Grund der Erfahrungen des letzten Jahres selbst erklärte, kein Gewissen daraus machen, ihre Führer „an der Nase herumzuführen“.

Zum Schluß teilte der Vorsitzende noch mit, daß in der geheimen Sitzung beschlossen worden sei, den eingeschlagenen Weg der Tarifabschlüsse gutzuheißen. Diese Erklärung will wenig befagen; wir werden Laten abwarten müssen. Will der Schutzverband eine friedliche Verständigung mit uns, dann werden wir mit ihm verhandeln. Wenn er sich aber von den Siebel, Pauli und Konsorten zum Kriege drängen läßt, so soll uns das nicht bängen. Die Herren vom Schutzverband wissen, daß der Solzarbeiterverband auch im Kampfe seinen Mann zu stehen weiß.

### Die Christlichsozialen.

I.

n. Seit einigen Jahren macht, namentlich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, mit besonders großem Lärm eine Anzahl Leute von sich reden, die sich als „christlichsozial“ bezeichnen. Sie gebärden sich, als ob sie Hunderttausende hinter sich hätten, als ob sie die bürgerlichen Parteien nach ihrer Pfeife tanzen lassen könnten und Herr wären über die gesamte nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft. Wer sind diese Leute, in deren Mittelpunkt der faßsam bekannte Reichstagsabgeordnete Franz Behrens und ein halbes Duzend christlicher Arbeiter- und Gewerkschaftsführer steht?

Im Jahre 1877 versuchte Hofprediger Stöcker, der damals auf der Höhe seines Ansehens stand, in Berlin der Sozialdemokratie eine Arbeiterpartei von staatsbehaltender Gesinnung entgegenzusetzen. In einer Versammlung im Gitzeller legte Stöcker die Grundsätze seines Unternehmens dar. „Wollen Sie“ — so schloß er seine Rede — „als Arbeiterpartei wirklich eine geschichtliche Bedeutung gewinnen, dann dürfen Sie das Edelste, was bisher in der Brust des Menschen gelebt, die Liebe zu Gott und die Liebe zum Vaterland, nicht totschlagen.“ Nachdem Stöcker dann noch versichert hatte, daß er es treu und ehrlich und gut mit dem Arbeiterstand meine, trat ihm Johannes Most entgegen, um in einer leidenschaftlichen Rede Christentum und Priesterschaft den Krieg anzufagen. Da die Mehrheit der Versammlung aus Sozialdemokraten bestand, so wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die Stöcker'schen Bestrebungen und für die Sozialdemokratie aussprach. Die Gründung der christlichsozialen Arbeiterpartei ging dennoch vor sich, allerdings in einer geschlossenen Versammlung, wo mit 50 Mitgliedern das neue Unternehmen ins Leben trat. Nach vierzehn Tagen, am 18. Januar 1878, waren es 400 Mitglieder, und am Ende des Jahres soll die christlichsoziale Arbeiterpartei gar 3000 Mitglieder gezählt haben. Auch aufs Reich dehnte sich die Bewegung aus; so gab es 1878 im Sommer christlichsoziale Vereine in Frankfurt a. O., Triebel, Forst, Sorau, Sommerfeld, Stettin, Brandenburg, Gießen, Bielefeld, Dresden. Ende Januar 1878 kam die neue Partei auch mit einem Programm heraus, das Adolf Stöcker und sein nationalökonomischer und sozialpolitischer Berater Adolf Wagner zusammen verfaßt hatten. Abgesehen von der Betonung des christlichen und monarchischen Standpunktes kam das Programm in vielen Einzelforderungen der Arbeiterschaft weit entgegen. Stöcker war klug genug, zu erkennen, daß er, um auf die reichshauptstädtische Bevölkerung zu wirken, immerhin einiges bieten mußte. Man braucht es ihm deshalb nicht gerade als Verdienst anzurechnen, wenn er den proletarischen Bedürfnissen Rechnung trug, und ebensowenig als besondere Ehrlichkeit, wenn er bekannte, daß er manche Forderungen der Sozialdemokratie entlehnt habe, denn die Tatsachen lagen auf der Hand. Aber Stöcker, der konservative Hofprediger, war in einer Stadt wie Berlin doch mehr der Mann, von einer Bewegung abzuschrecken, als zu ihr hinzuzutreten, und war das Berlin der siebziger Jahre auch noch nicht das Berlin von heute, so war doch immerhin seine Arbeiterpartei, soweit sie sich politisch betätigte, fortgeschritten genug, um die letzten Gründe einer Bewegung zu durchschauen, die ihr Programm begann mit der Verpflichtung auf den christlichen Glauben, die Liebe zu König und Vaterland, und als Ziel ihres Strebens die Verringerung der Kluft zwischen arm und reich erklärte. Das zeigte sich bald. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1878 stellte die christlichsoziale Arbeiterpartei in drei Berliner Wahlkreisen ihre Kandidaten auf, Stöcker und zwei

Arbeiter. Das Gesamtergebnis waren 1422 Stimmen, wovon 822 auf Stöcker fielen, in den Rest teilten sich die beiden anderen Kandidaten. 8641 Stimmen erhielten die Fortschrittler, rund 60000 die Sozialdemokraten — ein Ergebnis, über das sich die Christlichsozialen vergebens mit dem Umstand zu trösten versuchten, daß ihre 381 Stimmen im vierten Wahlkreis den Sozialdemokraten verhinderten, sofort im ersten Wahlgang zu siegen, und daß in Sorau durch die christlichsoziale Agitation die sozialdemokratische Stimmenzahl von 598 auf 273 Stimmen zurückging. „Unter diesen Umständen“ — schreibt Stöcker in seinem Buche „Christlichsozial“ — „gestaltete sich die Reichstagswahl zu einer völligen Krise. Alle diejenigen, die sich nur aus Eigennutz der Partei angeschlossen hatten, fielen ab. Unwürdige Subjekte suchten ihr Müttchen an der christlichsozialen Sache zu fühlen; eine Flut von Hohn und Spott ergoß sich über das, wie es schien, völlig mißlungene Unternehmen. Auch Freunde schüttelten bedenklich den Kopf und meinten, es sei Zeit, aufzuhören. Die Versammlungen der Partei, sonst von Tausenden besucht, zählten nicht einmal mehr hundert Mitglieder; für eine kurze Zeit schien es wirklich, als sei das Ziel, das mit der Begründung der christlichsozialen Sache gesteckt war, verfehlt.“

Nun, das Ziel, das sich Stöcker mit seiner Gründung gesteckt hatte: die Arbeiter von der Sozialdemokratie abzuwenden und unter die christlichsoziale Fahne zu sammeln, schien nicht nur, sondern es war verfehlt. Das sah Stöcker selber ein, und deshalb verlegte er sein Ziel. Mit den Arbeitern war es nichts und so versuchte er es denn mit dem Kleinbürgertum, statt in Sozialismus, machte er jetzt in Antisemitismus, für den er ein gläubigeres, weil rückständigeres Publikum fand. In den konservativen Bürgervereinen der Reichshauptstadt suchte und fand Stöcker seinen Anhang für den „Sozialismus der dummen Kerle“; die konservativen Blätter waren die eifrigsten Förderer seiner Bewegung; Pastoren, Oberlehrer und Studenten stellten sich in ihren Dienst; dazu gewann Stöcker die Unterstützung gesinnungsstüchtiger Kapitalisten, und mit dem Aufgebot aller dieser Mittel und Kräfte gelang es der christlichsozialen, richtigen antisemitisch-konservativen Partei, bei der Reichstagswahl von 1881 in Berlin mehr als 40000, im Jahre 1884 gar 58000 Stimmen aufzubringen. Stöckers sehnlichster Wunsch, seiner Bewegung einen oder mehrere der Berliner Wahlkreise zu erobern, ging nicht in Erfüllung — trotz aller Wahlbemannung, die an die schlimmsten Auswüchse amerikanischer Wahlen erinnerte. Auch Stöckers Bemühen, seine Berliner Stimmenzahl zu einem Wahlhandel mit der Sozialdemokratie zu benutzen und diese durch die Hilfeleistung bei Stichwahlen für die christlichsoziale Sache geneigt zu machen, mißlang. Von da ab machte Stöcker aus der konservativen Grundlage seines Unternehmens kein Geheim mehr. Sein Plan war, die Berliner Bewegung auf das Reich auszudehnen, ein Kartell aller Parteien von konservativer und christlicher Gesinnung zu schaffen, um Liberalismus mit der Sozialdemokratie, den Vater mit der Tochter, wie er sich ausdrückte, unterzukriegen. Aber Bismarck mit seiner anders gearteten Kartellpolitik kam ihm dazwischen, die Konservativen rückten von Stöcker ab, die Antisemiten zerstückelten sich, dazu kam 1895 der gegen die sozialpolitischen Pastoren gerichtete Erlass des evangelischen Oberkirchenrats, Februar 1896 das gegen Stöcker gerichtete Telegramm des Kaisers, worin „christlichsozial“ für „Anstößig“ erklärt wurde — kurz: es war aus mit Stöckers Plan, die christlichkonservative Welt zur Rettung von Staat und Gesellschaft zu sammeln. In Berlin vollends war gar nichts mehr für ihn zu machen, die Sozialdemokratie beherrschte hier das Feld, und was im bürgerlichen Lager blieb, bekante sich zum Freisinn. Stöcker sammelte den Rest seiner Getreuen auf dem Parteitag zu Frankfurt a. M. im Februar 1896, wo er die christlichsoziale Partei als selbständiges Unternehmen neu gründete und ihr ein auf Kleinbürgerliche und Kleinbäuerliche Interessen zugeschnittenes Programm gab. Die christlichsoziale Tätigkeit wurde in die Provinz verlegt. Stöcker war 1881 in Siegen in den Reichstag gewählt worden; er vertritt diesen Kreis mit kurzer Unterbrechung bis heute; es ist eine vom großen Verkehr abgegrenzte, in ihren Bedürfnissen wie ihrem Wissen durchaus bescheidene Bevölkerung von streng gläubiger und konservativer Gesinnung, die sich den Hofprediger Stöcker als ihren Vertreter im Reichstag ausersuchen hat. Lange Zeit blieb er der einzige christlichsoziale Abgeordnete, bis 1903 der Abgeordnete Burkhardt und 1907 der Abgeordnete Behrens hinzukamen, jener in Dillenburg, Wessertal, dieser in Wehlar-Mittelnchen gewählt, und zwar beide mit Hilfe des den Christlichsozialen in vielen Dingen verwandten Zentrums. Diese drei brüchlich zusammenhängenden und in ihrem Wesen gleichgearteten Wahlkreise mit ihrer rückständigen, mehr ländlichen als städtischen Bevölkerung bilden gegenwärtig den christlichsozialen West. An Stimmen brachte die Partei bei den letzten Reichstagswahlen 69928 auf. In einem folgenden Artikel soll die Stellung der Christlichsozialen in der Arbeiterbewegung behandelt werden.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Die gesellschaftliche Macht eines wirtschaftlichen Einzelmenschen ist heutzutage mit dessen Position auf dem Weltmarkt verbunden. Die Marktposition richtet sich danach, ob der andere Kontrahent des Kaufactes in einer Zwangslage ist oder nicht. Die Erzeugung, der Verbrauch und die Verteilung der Güter befinden sich heute noch in den Händen einzelner Privatwirtschaften. Dagegen

ist aber der patriarchalische Zustand des direkten Austausches zwischen Konsument und Produzent verschwunden. Vor und nach jedem Prozeß der Gütererzeugung erfolgt ein Kaufact auf dem Weltmarkt. Dadurch ist der einzelne Produzent nicht mehr Selbstherrscher, trotzdem er noch offiziell in privater Art wirtschaftet. Er ist abhängig vom Weltmarkt. Ein jedes Individuum ist gleichzeitig Käufer oder Verkäufer, sei es nun auf dem Arbeitsmarkt, Warenmarkt oder Geldmarkt. Der wirtschaftliche Wohlstand des einzelnen Menschen, die wirtschaftliche Macht einer Berufsklasse hängt von deren Macht als Käufer und Verkäufer ab.

Obwohl die einzelnen Dienstverträge und Arbeitsverhältnisse in die Sphäre privater Handlungen fallen, ist doch das Schicksal des einzelnen Arbeiters in äußerst hohem Maße von der Gestaltung des Arbeitsmarktes abhängig. Obwohl die Klassenorganisation des Proletariats die Lage des Arbeiters entschieden stark beeinflusst, so ist doch die gesellschaftliche Macht der Arbeiterklasse im jeweiligen Moment abhängig von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Die Marktposition der Ware Arbeitskraft bestimmt die gesellschaftliche Macht derselben. Wir finden etwas Ähnliches in der Geschichte der Entstehung unserer heutigen kapitalistischen Bourgeoisgesellschaft in der wichtigen Tatsache, daß der Marktwert des Geldes so hoch stieg, daß die feudale Gesellschaft die Träger des Geldes zur herrschenden Klasse zulassen mußte und deren Wirtschaftsprinzip zur Grundlage der Rechtsordnung machte. Heute ist die Arbeit die wertvollste Ware; sie ist Ware geworden, da die Besitzer der modernen Sklaven der Gütererzeugung keine Handwerksmeister mehr sind, sondern Kaufleute, die Rohmaterial und Arbeitskraft kaufen und Fertigprodukte verkaufen. Heute muß der Arbeiter seine wirtschaftliche Macht als wertvollste Ware in die Waagschale werfen, um seine Lage zu verbessern, um sich zu befreien. Darum ist ihm die Kenntnis des Arbeitsmarktes für den Tageskampf unerlässlich. Auf dem Arbeitsmarkt ist der Arbeiter Verkäufer, der andere Kontrahent ist der Unternehmer. Dieser ist der nominelle Besitzer des Betriebs und ist selbstverständlich bestrebt, möglichst viel Gewinn herauszuschlagen, das heißt sein Besitzrecht an der Produktionsstätte dazu zu benutzen, um der gemieteten Arbeitskraft einen recht großen Teil des Arbeitsproduktes vorzuenthalten. Wir sagten nun zu Anfang, daß die gesellschaftliche Macht des einzelnen abhängig ist von der Zwangslage des anderen Kontrahenten.

Befindet sich momentan das Arbeitskraft laufende Unternehmertum in einer Zwangslage? Nach der Zusammenstellung des Kaiserlichen Statistischen Amtes kamen im Juni d. J. auf rund 128000 bei sämtlichen Nachweisen des Reiches angemeldeten offenen Stellen nicht weniger als 204000 Gesuche; das heißt jeder Unternehmer hatte für jede freie werdende Stelle circa 1,6 Bewerberanten; es ist selbstverständlich, daß die Herren da die Bedingungen diktieren und mit der gefügigeren Arbeiterschaft 108000 Stellen besetzen konnten. Es ist dies ziemlich viel (circa 83 Prozent) und zeigt von einer Gefügigkeit der Arbeiterschaft, sich in das Joch der Lohnarbeit zu spannen, und eben in dieser Gefügigkeit liegt die Macht des Unternehmertums. Speziell in der Holzindustrie hat sich die Lage weiter verschlimmert. Auf je 100 offene Stellen für Männer kamen Arbeitsuchende:

Im Juni 1908	253
„ 1907	184
„ Mai 1908	288
„ 1907	188

Wir sehen eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr und Vormonat. Die Ursache dieser Verschlechterung des Beschäftigungszustandes zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt wird uns klar, wenn wir sehen, daß die Zahl der offenen Stellen im Berichtsmontat gegenüber dem Vorjahr abnahm, und zwar um 1726, während die Zahl der Arbeitsuchenden sogar noch um 496 anstieg. Wir sehen also, daß das Unternehmertum einen geringeren Arbeiterbedarf hat und gleichzeitig einem vergrößerten Angebot gegenübersteht. Der Käufer auf dem Arbeitsmarkt, der kapitalistische Besitzer des Betriebs, befindet sich jetzt in einer für ihn günstigen Situation. Jetzt ist der Arbeiter der Kontrahent in der Zwangslage, und der Unternehmer hat die wirtschaftliche Macht. Jedoch in der kapitalistischen Gesellschaft ist die Sphäre der Privatwirtschaft zu innig mit der Gesamtwirtschaft, mit dem Weltmarkt verbunden, als daß das Einzelindividuum absoluter Herr sein könnte. Der Unternehmer ist auf dem Arbeitsmarkt Käufer, und dort ist er momentan, wie die Statistik zeigt, der stärkere Kontrahent. Gleichzeitig ist aber derselbe Unternehmer auf dem Warenmarkt Verkäufer, und dort ist er, wie die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt ergibt, momentan der schwächere Kontrahent. Die Unternehmerschaft hat vielleicht momentan die wirtschaftliche Macht, die Arbeitslöhne zu drücken. Doch schneidet sie sich damit ins eigene Fleisch. Ein jeder Lohndruck, eine jede Vergrößerung des Arbeitsmangels verkleinert die Kaufkraft der Massen. Gerade die Holzindustrie, die Konsumartikel erzeugt, hat unter dieser Abnahme der Kaufkraft zu leiden. Wir sehen auch im Monat Juni, daß die Möbelindustrie und mit ihr ein Teil der Sägemühlen sehr schwach beschäftigt sind. Für die Unternehmerschaft bedeutet eine Abnahme der Kaufkraft eine enge Kalamität. Da bekanntlich der eigentliche Produzent der Güter, die Arbeiterschaft, nur einen relativ unbedeutenden Teil vom Verkaufswert erhält, sammelt sich jahraus jahrein Geld in Unternehmehänden. Da das Bürgertum, trotz Luxus und Wohlleben, nicht in der Lage ist, den ganzen Mehrwert zu verzehren, sammelt sich dieser in der Form von Geldkapital. Wir haben momentan auf dem Geldmarkt eine derartige Ansammlung von Kapital, die

### Warnung vor Zugug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.

Zugug ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern** nach Böhlen in Thüringen, Coburg (Müping & Frick), Garmisch-Partenkirchen, Grünstadt i. Pfalz, Hof i. B., Jena (Grove), Kaiserslautern (Enker), Krefeld (Schulte), Liegnitz, Paderborn (Nadler), Stolp in Pom. (W. E. Werfel), Tann an der Rhön, Walblingen (Mörlinger);
- Schiffstischlern, Drechslern und allen Werftarbeitern** nach Stettin;
- Drechslern** nach Cüstrin (Zahn), Liegnitz (Besser);
- Mobeltischlern** nach Mannheim (Brown, Doveri & Co.);
- Stellmachern und Tischlern** nach Gotha (Waggonfabrik);
- Korbmachern** nach Berlin und Vororten, Brandenburg a. d. H. (W. Schmidt), Cuxhafen (Lührsen), Dübren, Gisleben, Grimma (Tretbar), Wulsdorf, Zeitz (Rippert);
- Sägern** nach Mlisch bei München (Kirsch & Söhne);
- Kistenmachern** nach Bünde i. Westfalen;
- Knopfmachern** nach Gardelegen;
- Stuhlmachern, Tischlern und Polierern** nach Schwälungen a. d. Werra (Heller & Comp.);
- Bergoldern** nach Magdeburg (Grühl);
- Bürstenmachern** nach Leutkirch (Weißler).

den Zinsfuß bis auf 2 1/2 Prozent hinabgedrückt hat. Dadurch kommt die Unternehmerschaft in die Lage, ihre Betriebe weiter zu kapitalisieren, das heißt immer neue Produktionsmittel anzuschaffen. Diese neuen und verbesserten Produktionsmittel erfordern aber rascheren und größeren Absatz, und diesen garantiert nur eine entwickelte Kaufkraft der Massen. Hier ist also die Arbeiterschaft der stärkere Kontrahent, und das Kapital befindet sich angezogen der abnehmenden Kaufkraft der Massen in einer Zwangslage.

Der Unternehmer als Käufer der Ware Arbeitskraft hat momentan eine günstige Position, desto ungünstiger ist aber seine Lage als Verkäufer und Verleiher auf dem Waren- und Geldmarkt. Der sinkende Diskontsatz des Leihkapitals ist ein Beweis dafür, daß die Rentabilität der in der Zeit der Hochkonjunktur neu angelegten Produktionsmittel rapid sinkt — so rächt sich die Tatsache der Verwandlung des Arbeitsresultats in Mehrwert, das heißt des dauernden gesetzlichen Diebstahls der Kapitalisten an der Unternehmerklasse selbst: es schwindet die Kaufkraft der Massen.

Und nun die Lage der Arbeiterschaft im gegenwärtigen Wirtschaftsmoment. Die Abnahme der Kaufkraft, von der wir eben sprachen, deutet schon auf eine große Arbeitslosigkeit hin. Am stärksten ist diese in den Industrien der Konsumartikel, besonders in der Textil- und Holzindustrie. Als besonders ungünstiger Faktor kommt bei der Holzindustrie die Tatsache hinzu, daß die Kapitalanlage der meisten Betriebe zu klein ist, daß der Unternehmer mehr Güter erzeugt, als er absetzen kann, um nur keine Zinsverluste zu haben, wie oft in der Textilbranche. Hierzu kommt noch die wichtige Tatsache, daß die Arbeiterschaft der Holzindustrie zum größten Teil zu qualifiziert ist und zu hohe Kulturansprüche stellt, um etwa in der Landwirtschaft als Tagelöhner Arbeit zu nehmen. Es gibt eine ganze Reihe Industrien der Produktionsmittel, die in dem ersten und zweiten Jahre der Krise infolge des billigen Geldstandes, der Betriebserweiterungen gestattet, noch gut beschäftigt sind; freilich geht diese Beschäftigung nur auf Kosten der Verlängerung der Krise, da die neuen Produktionsmittel die Überproduktion vergrößern. Die Zahl der Arbeitslosen im Deutschen Holzarbeiterverband betrug:

Im Juni 1908	4,18	Prozent der Organisierten
" " 1907	1,56	" " "
" " 1906	1,33	" " "
" " 1905	1,08	" " "

Wir haben es also mit einem bedeutenden Prozentsatz Arbeitsloser zu tun. Dies bedeutet eine entschiedene Schwächung der Arbeitsmarktposition und damit der wirtschaftlichen Macht. Ein Übergang großer Teile der Arbeiterschaft der Holzindustrie in verwandte Branchen ist ausgeschlossen, denn auch diese sind Konsumtionsmittelproduktionen. Eine Belebung des Baugewerbes ist zu erwarten, aber erst in der nächsten Saison. Die Macht, die der Arbeiter als Konsument hat, würde es ihm möglich machen, diese mißliche Lage auszugleichen. Ist er momentan auf dem Arbeitsmarkt der Schwächere, so ist er auf dem Warenmarkt der stärkere Kontrahent — die oben gekennzeichnete Verlegenheit des überkapitalisierten Unternehmertums, die sich im Sinken der Profitrate und des Diskontsatzes äußert, sind der Beweis dafür. — Doch was nutzt dem Arbeiter seine momentane Marktposition als Konsument, wenn die Zollpolitik des Deutschen Reiches die Preislage der wichtigsten Konsumartikel, der Lebensmittel, von der Gestaltung des Weltmarktes unabhängig gemacht hat. Die Wirtschaftspolitik des deutschen Junterstaats läßt den Arbeiter wohl seine Schwäche auf dem Arbeitsmarkt fühlen, doch die Schwäche der Unternehmerschaft zu Krisenzeiten, die sich in Unverkäuflichkeit der Waren äußert, wird durch Zollmauern vermieden.

### Holz.

I.

b. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, mit der Konzentration der Industrie in den Großstädten und mit der immer weiter vor sich gehenden Arbeitsteilung entfernt sich der Arbeiter, der lauffertige Waren herstellt, immer mehr von seinem Rohprodukt. Der Tischler arbeitet heute meist schon mit stark vorgeschrittenem Halbfabrikat. Das Sägen der Bretter ist ihm längst entzogen, das Fällen des Baumes hat er vielleicht niemals gesehen. Vor Jahrhunderten war die Arbeitsteilung lange nicht so weit vorgeschritten, die Trennung des Arbeiters vom Rohprodukt war eine weit geringere, wie man ja auch von der gerade in der Tischlerei heute hochentwickelten Spezialisierung in den Zeiten der Kunst keine Ahnung hatte.

Ein gewisses Interesse an dem Rohprodukt wird man bei den Lesern dieses Blattes wohl voraussetzen können. Deshalb sei an der Hand einer umfangreichen Darstellung „Österreichs Holzindustrie und Holzhandel. Technische, wirtschaftliche und statistische Mitteilungen für Holzindustrielle, Holzhändler, Forstwirte usw.“ (2 Bände. Wien 1907. Wilhelm Frick) einiges hier über das Holz, seine Gewinnung und Verarbeitung erzählt.

Das Fällen der Stämme im Walde erscheint auf den ersten Blick eine sehr einfache Arbeit; sie wird auch zumeist von den Bauern des Landes vorgenommen. Doch erfordert sie Sachkenntnis und Überlegung, damit die körperliche Sicherheit der Arbeiter nicht gefährdet und die übrigen Waldbestände nicht beschädigt werden. Der Stamm wird gegen die Fallseite, das heißt gegen jene Seite, nach welcher er stürzen soll, rund 80 bis 40 Zentimeter vom Boden entfernt bis etwa zur Hälfte mit der gewöhnlichen Fällaxt eingekerbt, sodann von der entgegengesetzten Seite mit der sogenannten Bauchsäge eingeschnitten, durch Zuhilfenahme von Holz- und Eisenkeilen aufgeteilt und zum Stürzen gebracht. Nach einem anderen System wird der Stamm auch einige Zentimeter über den höchsten Wurzelansatz bis über die Mitte der Stammdicke eingehackt, wobei darauf zu achten ist, daß die untere Fläche der Einkerbung horizontal sei; sodann wird auf der entgegengesetzten Hälfte des Stammes 10 bis 15 Zentimeter höher als die erste Einkerbung eine zweite keilförmige Öffnung gehackt. Ist der Stamm gerade gewachsen und die Verteilung der Äste eine gleichförmige, so wird er in der Richtung des erstgeführten Einschnittes stürzen. Neigt sich jedoch der Stamm nach der anderen Richtung, so kann ein Umstürzen in der beabsichtigten Linie dadurch erzielt werden, daß in die später eingehackte Öffnung Keile getrieben werden, die das Umstürzen in der ursprünglichen Richtung veranlassen. Um eine günstige Ausnützung des wertvollen Erzeugnisses zu erzielen und diesen in einem möglichst langen Stücke gewinnen zu können, wird der Stamm zunächst ringsherum ausgegraben, damit die Einkerbungen möglichst nahe an den Wurzeln geführt werden können. Nachdem nun die über Stammitte reichende Einkerbung, welche die Fallrichtung geben soll, angebracht ist, wird der Stamm ringsherum mit der Hacke weiter eingekerbt und zum Umstürzen gebracht. Endlich ist noch die Baumrindung zu erwähnen, die eine sorgfältige Ausnützung des Stammes ermöglicht und außerdem die Gefahr des massenhaften Auftretens des Rüsselkäfers hintanhält. Bei der Baumrindung fallen die Stämme nicht so rasch und hart auf. Der gewobene Stamm hängt noch an einzelnen Wurzeln, die langsam aus dem Boden herausgezogen werden. Ein Teil des Wurzelholzes läßt sich auch verwerten. Bei der Rodung wird zuerst das Gebüsch ringsherum entfernt, die horizontal liegenden Stämmen werden abgehackt oder abgelegt, und wenn möglich auch die vertikal ins Gebüsch ragenden Haupt- oder Herzwurzeln mit dem stützenden Stamm aus dem Gebüsch entfernt. Ist der Stamm gefällt, von Wurzelteilen und Ästen befreit, dann beginnt die Aufarbeitung je nach der getroffenen Bestimmung. Es ist daher eine wichtige Erwägung, jeden gefällten Baum nach der Verwertungsmöglichkeit abzuschätzen. Tannen, Fichten und Kiefern lassen leichter eine Entscheidung zu wie die Eiche, die auf Spaltholz oder auf Schnittholz, eventuell auch nur auf behauenes Holz verarbeitet wird. Ein Teil der Stämme wird im Walde aufgearbeitet, die anderen in die Sägewerke gebracht. Der Stamm wird in Blöcke geschnitten, aus den Abfällen, den Gipfeln, Ästen und Wurzelstücken Brennholz erzeugt, das wieder in Scheiterholz, Prügelholz, Kohlholz (für die Köhlerei), Stock- und Wurzelholz, endlich in Reißig zerfällt. Neben dem Brennholz werden die Telegraphen- und Telephonstangen, weiter die Hopfenstangen, dann die Stangen für Einfriedigungen, Baustangen und Latten, Zaunspalten und Zaunstecken, Deckenstangen zum Eindecken von Strohdächern, Weinpfähle und Baumspfähle usw. im Walde gearbeitet. Einen sehr bedeutenden Bedarf an schwachem Rundholz als Grubenholz hat der Bergbau. Zu Papierholz (Schleif- und Zelluloseholz) werden in der Regel jüngere Fichten verwendet.

Die für die Holzarbeiter in Betracht kommenden Holzarten werden auch zum Teil im Walde roh aufgearbeitet. Der größte Teil der gewöhnlichen Wagenräder besitzt Felgen aus Rotbuchenholz, die im Walde roh aufgearbeitet werden. Das hierzu verwendete Holz muß gesund, ast- und kernfrei und leicht spaltbar sein. Verwachsenes oder verwimmertes Holz darf hierzu nicht verwendet werden. Stammteile werden auf 80 Zentimeter Länge abgefägt, die ebene Fläche der Felgen, demnach die Breitseite, wird in die Spalt- richtung, das ist in die Richtung der Radien des Stammstückes gelegt und in einer Entfernung von 8 bis 12 Zentimeter, je nach der Stärke der Felge, die zweite Parallelseite angezeichnet und gespalten. Aus diesen Scheitern wird die

rohe Felge derart aufgearbeitet, daß an der äußeren Seite an beiden Enden ungefähr 6 bis 8 Zentimeter abgehackt werden, während die innere Seite segmentförmig aufgearbeitet wird. Wo das Rotbuchenholz schon teuer ist werden die Felgen aus gesägten Pflosten aufgeschnitten. Der zweite Bestandteil der Wagenräder, „die Speiche“, wird gleichfalls im Walde roh aufgearbeitet. Das Holz der Eiche, Aste oder Kiefer wird hierzu verwendet. Die Nabe wird zumeist aus ganz frischem Ulmenholz gebohrt und sodann in luftigen Schuppen aufgeschichtet. Auch Stangen, Seitenteile, Leitersprossen, Deichsel und andere Wagenteile werden im Walde roh aus gespaltenem Holz aufgearbeitet. Das gleiche gilt für Siebreifen und Siebränder und, wo großer Holzreichtum herrscht, auch für Spaltstämme.

Eichenstämme werden im Walde auf zwei Flächen regelrecht bezimmet, aus anderen Holzarten werden Balken, Rankholz, Träume usw. auf allen vier Seiten bezimmet.

Der Stamm wird, nachdem er entrinde ist, mit dem Beile derart bezimmet, daß der Querschnitt entweder die Form eines Quadrats oder eines Rechtecks bildet. Es kommt jedoch auch vor, daß der Stamm schon im Walde mit der Säge der Länge nach geschnitten wird, in welchem Falle die seitlich abfallenden Teile, Schwarten genannt, ebenfalls eine Verwertung finden. Wenn man im Walde bezimmet, so will man die Transportfähigkeit erhöhen. In den Waldungen Österreichs werden auch große Mengen Eisenbahnschwellen meistens aus Eichenholz hergestellt. Für das Fassbindergewerbe wird in österreich-ungarischen Wäldern sehr vieles Halbfabrikat hergestellt. Auch die Holzverflechtung spielt noch eine, wenn auch nur mehr unbedeutende Rolle.

Die Holzrückung, das heißt das Wegbringen des Holzes aus dem Walde ist ein wichtiges Kapitel in dem angeführten Buche. Das Holz kann in verschiedener Weise abgeführt werden, eigene Bahnen werden hergestellt, um auf dem „Riesweg“ das Holz durch die eigene Schwerkraft hinunterzubringen. Zu diesem Zwecke werden sogar Täler überbrückt und in ihrem Aussehen zwar einfache, aber doch kunstvolle Bauten hergestellt. Auch auf Schlitten, auf nassem Wege, auf Schneewegen, auch mit Pferdekraft, dann aber auch auf Kunststraßen, mit Dampf- und elektrischer Kraft wird das Holz aus dem Walde gebracht, um seiner weiteren Verwertung entgegengeführt zu werden. Die Drahtseilbahn in den verschiedensten Formen wird auch für diese Zwecke benutzt, Rollbahnen mit Schienengeleisen werden angewandt; es können jedoch nicht alle Formen der Holzverführung aus dem Walde hier nur aufgezählt werden.

Zum Teil wird das Holz auch nur zu den Sägewerken gebracht, die sich im Walde selbst befinden, so daß von dort schon ein weit vorgeschrittenes Halbfabrikat aus dem Bereich des Waldes gebracht wird. Die Sägewerke befinden sich hauptsächlich dann im Walde, wenn dort Wasser als treibende Kraft zur Verfügung steht. Neben diesen Sägewerken gibt es solche mit Dampftrieb, weitere mit gemischtem Betrieb, die hauptsächlich mit Turbinen angetrieben werden, aber außerdem noch eine Dampfmaschine besitzen, damit bei nicht genügendem Wasserzufluß auch diese in Betrieb genommen werden kann. Auch elektrischer Betrieb, Anwendung von Gas-, Benzin-, Petroleum-, Kohlen(Diesel-)motoren finden sich bei Sägewerken. In Österreich sind noch stark verbreitet die einblättrigen Wasserlägen der einfachsten Konstruktion. An der Welle des Mühlrads direkt gekuppelt, bewegt sich der leichte Holzrahmen des Gatters auf und nieder und sät ein Brett oder einen Pflosten nach dem anderen vom Stamme ab. Diese Form des Sägebetriebs ist heute längst überholt durch die technisch vervollkommenen Methoden. Es gibt heute Sägewerke, die gleichzeitig aus einem Stamme quadratisches Bauholz, Bretter und aus den zu Abfällen werdenden Teilen leichtes Holz für die Riffen- tischlerei herstellen. Leider würden wir viel zuviel Raum verwenden müssen, wenn wir die heute üblichen Sägen darstellen wollten. Es seien nur ganz kurz einige mit ihrer Leistungsfähigkeit angeführt, so die Stammquersäge, die Stämme bis tausend Millimeter Durchmesser bearbeitet, das doppelte Pflostengatter, das Pflosten in dünne Bretter zerlegt, die verschiedenen Arten von Kreis- und Bandsägen. Zur Furnierfabrikation werden besondere Furniersägen und Schneidemaschinen verwendet, die Furniere bis herab zur Papierdicke herstellen können. Eine besondere Art von Maschinen zur Herstellung von Furnieren sind die Bretterschälmaschinen. Zur Herstellung von Dachschindeln und zur Erzeugung von Kästern aus gesägten weichen Hölzern wie zur Fabrikation von Zündholzdracht gibt es wieder eigenartige, nur diesem Zwecke dienende Maschinen. Sie sind in dem zitierten Werke sehr eingehend beschrieben, wir müssen uns auf die Anführung beschränken.

### Soziales.

#### Privatangestellte und Arbeiter.

Dem Reichstag ist, wie schon gemeldet, die vom Reichsamt des Innern ausgearbeitete zweite Denkschrift, betreffend die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten, zugegangen. Sie ist nicht nur für die Privatangestellten von besonderem Interesse, sondern verdient auch die volle Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft. Denn diese Denkschrift spricht unverblümt aus, daß die Reichsverwaltung einer Verbesserung der staatlichen Versicherung der Arbeiter durchaus abgeneigt ist. Das Reichsamt des Innern schlägt in der Denkschrift vor, wenn eine Ausgestaltung des Versicherungswesens für die Privatangestellten erfolgen sollte, so möge dies auf dem Wege einer Sonderversicherung geschehen, damit die Ar-





vernichtet werden. Da Herr Stadler fortwährend in den verschiedenen Zahlstellen unseres Verbandes Arbeitskräfte sucht...

In Waiblingen sind die Schreiner in eine Lohnbewegung eingetreten zwecks Abschaffung der bis dahin noch bestehenden elfstündigen Arbeitszeit...

In Walsdorf haben die Korbmacher drei Wochen Aussperrung hinter sich und sind mehr wie je des Sieges gewiß...

Ausland.

In Wien traten die Mundharmonikamacher der Firma Thie in Wien, VII. Bezirk, Schottenfeldgasse 45, im Jahre 1907 an den dormaligen Inhaber der Firma, Herrn Prym heran...

In Krakau sind, wie wir in der Nummer 31 berichteten, die Tischlergehilfen ausgesperrt worden.

wenn er schon aufgenommen wurde. Von den Baumeistern verlangen sie die Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter, falls die Tischler innerhalb 8 Tagen nicht bedingungslos in die Arbeit zurückkehren...

In Lips Maufina in Ungarn sind in der Bilderrahmenlestenfabrik, Aktiengesellschaft, die Differenzen beigelegt worden.

Aus der Holzindustrie.

Internationales. Am 10. und 11. August 1908 tagt in München ein internationaler Kongress der Korbinduktuellen. Diese Veranstaltung wird in Nr. 14 der in Berlin-Zehlendorf erscheinenden „Korbinduktuelle-Zeitung“ mit folgenden Worten begründet:

„Keine Branche ist aber so auf das gegenseitige Sichverstehen angewiesen, keine Branche ist im wahren Sinne des Wortes so „international“, wie gerade die Korbinduktuelle. Der inländische Korbinduktuelle ist auf den ausländischen Korbinduktuellen angewiesen, und der ausländische Korbinduktuelle kann ohne ein gutes Verhältnis zu dem Kollegen im Inlande nicht auskommen...

So ungefähr sagen das die Arbeiter auch, wenn sie die Notwendigkeit der Pflege internationaler Beziehungen hervorheben. Diese Arbeiter sind aber auch im besten Sinne national, weil sie ständig auf die materielle und geistige Hebung der breiten Bevölkerungsschichten hinarbeiten...

Der läßt sich's etwas kosten. Wie wertvoll den Unternehmern unorganisierte Arbeiter sind, dürfte aus dem Text einer Postkarte des Möbelfabrikanten Schmidt in Brandenburg a. S. hervorgehen, die er an die Herberge „Zur Heimat“ nach Nordhausen sandte.

Sollten bei Ihnen Korbmacher vorsprechen, welche dem Holzarbeiterverband nicht angehören, so bitte solche an mich zu weisen. Ich würde diese einstellen. Die Kette hierher sowie 3 Mk. Gehrgeld würde ich vergüten, sobald Eintritt erfolgt ist.

Brandenburg a. S., Adolf Schmidt, den 5. 8. 1908. Brandenburger Glanzrohmöbelfabrik. Als: Meise, Zehr- und Vermittlungsgelder in nicht unbeträchtlicher Höhe weist Herr Schmidt aus...

Durchgebrannt. Der Möbelfabrikant und Leiter der Möbelfabrikant Eng & Co. in Kaiserslautern ist einer Meldung des Bureaus Herold zufolge unter Mitnahme großer Beträge flüchtig geworden.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifverträge in Oesterreich.

Unter diesem Titel gibt die österreichische Gewerkschaftskommission eine von Dr. Julius Deutsch verfaßte Schrift heraus, in der ein Überblick über die Entwicklung der Kollektivvereinbarungen in der österreichischen Industrie gegeben wird.

Table with 3 columns: Year, Number of Contracts, Number of Workers. Rows: 1904 (75, 74441), 1905 (242, 87602), 1906 (517, 217984), 1907 (727, 188664).

Zusammen werden (mit denen vor 1904) 1598 Tarifverträge mit 589347 Arbeitern gezählt.

Was die Zeitdauer der Tarifverträge anlangt, so zeigt sich, daß die Zahl der Verträge mit kürzerer Dauer ständig steigt. Auf weniger als drei Jahre entfielen vor 1904: 25 Prozent; 1904: 65,1 Prozent; 1905: 71,2 Prozent; 1906: 78,7 Prozent; 1907: 80 Prozent aller abgeschlossenen Verträge...

Aus den Tarifverträgen läßt sich auch der Stand der Löhne erweisen. Unter allen 1688 Minimallohnsätzen waren 765 bis zu 3 Kronen pro Tag, 894 mit mehr als 3 Kronen. Am häufigsten kam das Lohnminimum von 3,50 bis 4 Kronen vor.

Mit Recht bemerkt Deutsch hierzu: „Vor solchen Erfolgen versieft das Gerede von der Fruchtlosigkeit gewerkschaftlicher Kämpfe sowohl als von engherziger Klassensimpelerei.“

Der Steinseherverband führte im letzten Jahre eine recht erfolgreiche Lohn- und Streikbewegung durch. Im einzelnen endeten 99 Aussperrungen oder Streiks mit 6115 Beteiligten völlig erfolgreich...

Eingefandt.

Zur Walsdorfer Korbmacherkonferenz

sendet nun auch die Walsdorfer Verwaltung ein langes Eingefandt. Da dieses Schreiben in der Hauptsache nur eine Wiederholung der freudenhafte Argumente und sonstiger längst bekannter Tatsachen enthält...



